

Politik und Religion

Ahmet Cavulcak · Oliver Hidalgo
Philipp W. Hildmann · Holger Zapf *Hrsg.*

Demokratie und Islam

Theoretische und empirische Studien



 Springer VS

Politik und Religion

Herausgegeben von

Ines-Jacqueline Werkner, Heidelberg, Deutschland

Antonius Liedhegener, Luzern, Schweiz

In allen Gesellschaften spielte der Zusammenhang von Politik und Religion eine wichtige, häufig eine zentrale Rolle. Auch die Entwicklung der modernen westlichen Gesellschaften ist ohne die politische Auseinandersetzung mit den traditionellen religiösen Ordnungskonzepten und Wertvorstellungen nicht denkbar. Heute gewinnen im Westen - und weltweit - religiöse Orientierungen und Differenzen erneut einen zunehmenden gesellschaftlichen und politischen Einfluss zurück. Die Buchreihe „Politik und Religion“ trägt dieser aktuellen Tendenz Rechnung. Sie stellt für die Sozialwissenschaften in Deutschland, insbesondere aber für die Politikwissenschaft, ein Publikationsforum bereit, um relevante Forschungsergebnisse zum Zusammenhang von Politik und Religion der wissenschaftlichen Öffentlichkeit vorzustellen und weitere Forschungsarbeiten auf diesem Gebiet anzuregen. Sie ist deshalb offen für verschiedene disziplinäre und interdisziplinäre, theoretisch-methodologische und interkulturell-vergleichende Ansätze und fördert Arbeiten, die sich systematisch und umfassend mit politikwissenschaftlich ergiebigen Fragestellungen zum Verhältnis von Politik und Religion befassen. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit „Politik und Religion“ soll damit in ihrer ganzen Breite dokumentiert werden, ohne dass die Herausgeber dabei mit den jeweilig bezogenen Positionen übereinstimmen müssen.

Die Bände dieser Reihe sind peer-reviewed.

Herausgegeben von

PD Dr. Ines-Jacqueline Werkner
Heidelberg
Deutschland

Prof. Dr. Antonius Liedhegener
Luzern
Schweiz

Ahmet Cavuldak • Oliver Hidalgo
Philipp W. Hildmann • Holger Zapf
(Hrsg.)

Demokratie und Islam

Theoretische und empirische Studien



Springer VS

Herausgeber

Dr. Ahmet Cavuldak
HU Berlin
Deutschland

Dr. Philipp W. Hildmann
Hanns-Seidel-Stiftung München
Deutschland

PD Dr. Oliver Hidalgo
Universität Regensburg
Deutschland

Dr. Holger Zapf
Universität Göttingen
Deutschland

ISBN 978-3-531-19832-3

ISBN 978-3-531-19833-0 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-531-19833-0

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2014

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Lektorat: Jan Treibel, Daniel Hawig

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist eine Marke von Springer DE. Springer DE ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media
www.springer-vs.de

Inhaltsverzeichnis

Einführung	1
Oliver Hidalgo, Holger Zapf, Ahmet Cavuldak und Philipp W. Hildmann	
Teil I Die Demokratie im islamischen Denken	
Islam und Demokratie – Realität und gegenläufige Diskurse	23
Alexander Flores	
Religious Freedom in Current Political Islam: The Writings of Rachid al-Ghannouchi and Abu al-‘Ala Madi	45
Lino Klevesath	
Toleranz und demokratische Kultur – Zeitgenössische Reflexionen aus dem schiitischen Islam	65
Stephan Kokew	
Der Salafismus zwischen Reformdiskurs und Extremismus	81
Jochen Lobah	
Contemporary Arab Political Theories – Semantics and Argumentations	99
Holger Zapf	
Teil II Politik, Religion und Säkularität	
Toward a Democratic Theory for Muslim Societies: Rethinking the Relationship between Islam and Secularism across the Islam-West Divide	121
Nader Hashemi	

Muḥammad ‘Ābid al-Ġābirī (1936–2010) – ein Aufklärer und Verfechter der Säkularisierung?	137
Tilman Nagel	
Die Legitimität der Trennung von Islam und Politik und das Beispiel der Türkei	167
Ahmet Cavuldak	
Der moderne Verfassungsstaat aus islamisch-theologischer Perspektive	203
Lukas Wick	
Die ‚Säkularität‘ der Demokratie und der Islam als politisch-theologisches Problem	217
Oliver Hidalgo	
Teil III Transformationsprozesse in der islamischen Welt – Empirische Befunde	
Der Arabische Frühling seit 2011: Pluralität der Veränderung und die Suche nach Erklärungsansätzen	255
Thomas Demmelhuber	
Der Erfolg der Islamisten bei den freien Wahlen in Nordafrika 2011 – Ein Pyrrhussieg der Demokratie?	275
Tonia Schüller	
Der Arabische Frühling – Die Inkongruenz von politischer Kultur und politischer Struktur als (Mit-)Ursache des Umbruchs in Ägypten und Marokko	305
Nina Guérin	
Die Verfassung Ägyptens von 2012 – Betrachtungen aus verfassungstheoretischer Perspektive	329
Anja Schoeller-Schletter	
Demokratie und Islam in der Türkei: Die ‚Kemalistische Trinität‘ aus Republikanismus, Nationalismus, Laizismus sowie Politik und Wirken der AKP	355
Cemal Karakas	

**Teil IV Zwischen Integration und Parallelwelt: Der Islam in
Deutschland und Europa**

Muslime in Deutschland und Frankreich – Anmerkungen zur Integrationsdebatte	377
Stefan Luft	
Regulierung durch Wissensproduktion – Staatliche Versuche einer Institutionalisierung der Ausbildung von Imamen in Deutschland	399
Anne Schönfeld	
Die ideologische Ausrichtung der Islamischen Gemeinschaft in Deutschland (IGD) und ihre Verquickung mit der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüş (IGMG) – Partner für den demokratischen Rechtsstaat?	425
Khadija Katja Wöhler-Khalfallah	
Welche individuellen und kontextuellen Faktoren beeinflussen die Haltungen gegenüber Muslimen in ausgewählten europäischen Ländern?	461
Alexander Yendell	

Autorinnen und Autoren

Dr. Ahmet Cavuldak wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin. Forschungsschwerpunkte: Politik und Religion; Islam und Demokratie; Orientalismus und Kolonialismus; Islam in Europa; Türkei; politische Ideengeschichte der Neuzeit.

Dr. Thomas Demmelhuber Juniorprofessor für Politikwissenschaft an der Universität Hildesheim. Forschungsschwerpunkte: EU-Mittelmeerpolitik; Autokratien und politische Veränderungsprozesse in der Arabischen Welt unter besonderer Berücksichtigung von Ägypten und den Golfmonarchien; Neue Medien und politische Transformation.

Prof. Dr. Alexander Flores Professor für Wirtschaftsarabistik an der Hochschule Bremen. Forschungsschwerpunkte: Sozial- und Geistesgeschichte der arabischen Welt; Palästina; Islam.

Nina Guérin M.A. wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Stuttgart. Forschungsschwerpunkte: Demokratisierung und demokratische politische Kultur des arabisch-islamischen Raums; politische Kultur- und Konfliktforschung; Multikulturalistische politische Theorie und empirische Multikulturalismusforschung; Integration quantitativer und qualitativer Methoden.

Nader Hashemi Direktor des Center for Middle East Studies und Associate Professor (Middle East and Islamic Politics) an der Josef Korbel School of International Studies der University of Denver. Autor von *Islam, Secularism and Liberal Democracy: Toward a Democratic Theory for Muslim Societies* (Oxford University Press, 2009) und Mitherausgeber von *The People Reloaded: The Green Movement and the Struggle for Iran's Future* (Melville House, 2011) und *The Syria Dilemma* (MIT Press, 2013).

PD Dr. Oliver Hidalgo Privatdozent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Regensburg und Mitglied des Sprecherrats des AK Politik und Religion der DVPW. Forschungsschwerpunkte: Politische Theorie und Ideengeschichte; Demokratietheorie und empirische Demokratieforschung; Politik und Religion; Politische Ethik der Internationalen Beziehungen; Politik und Literatur.

Dr. Philipp W. Hildmann Leiter des Büros für Vorstandsangelegenheiten der Hanns-Seidel-Stiftung und Mitglied der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste. Forschungsschwerpunkte: Politik und Religion; Interkultureller Dialog und Menschenrechte; Literatur- und Ideengeschichte des 19. Jahrhunderts.

Dr. Cemal Karakas wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) und Lehrbeauftragter am Institut für Politikwissenschaft der Goethe-Universität Frankfurt. Forschungsschwerpunkte: Türkei; Internationale Demokratieförderung; Entwicklungs- und Transformationsforschung; Politischer Islam; Europäische Integration und EU-Erweiterung.

Lino Klevesath M.A. Doktorand an der Georg-August-Universität Göttingen. Forschungsschwerpunkte: Komparative politische Theorie; Wechselwirkungen zwischen religiösen und politischen Ideen; Theorie der Menschenrechte.

Stephan Kokew M.A. Doktorand am Orientalischen Institut der Universität Leipzig. Mitglied der Graduiertenklasse *Säkularitäten: Konfigurationen und Entwicklungspfade*. Forschungsschwerpunkte: Islamisches Recht und islamische Ethik; Konzeptionen von Toleranz und Pluralismus im Islam; Geschichte und Kultur des schiitischen Islam sowie schiitischer Staaten und Regionen.

Dr. Jochen Lobah Projektassistent der Hanns-Seidel-Stiftung im Maghreb mit Sitz in Rabat. Forschungsschwerpunkte: Islam und Moderne; islamisches Recht; Islamismus und Salafismus; interkultureller Dialog der Zivilisationen.

PD Dr. Stefan Luft Privatdozent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bremen. Forschungsschwerpunkte: Regierungslehre und Politikfeldanalyse, insbesondere zu den Themen Migration, Integration, Föderalismus, Kommunal- und Landespolitik, Medienpolitik.

Prof. a. D. Dr. Tilman Nagel ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen. Forschungsschwerpunkte: Religionsgeschichte und politische Geschichte der islamischen Welt.

Dr. iur. Anja Schoeller-Schletter Nach langjähriger Forschungsarbeit als Senior Research Fellow am Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht (Heidelberg) sowie am Zentrum für Entwicklungsforschung (Bonn) derzeit tätig in einer Anwaltskanzlei in Kairo; Mitglied der International Association of Constitutional Law. Forschungsschwerpunkte: Vergleichendes Verfassungsrecht und Rechtsreformen in Transitionsländern (u. a. Lateinamerika, Usbekistan, Ägypten); Law and Development.

Anne Schönfeld M.A. Promotionsstudentin an der Berlin Graduate School Muslim Cultures and Societies der Freien Universität Berlin. Forschungsschwerpunkte: Islam und Muslime in Europa; Politik und Religion; Migration und Pluralität; Wissenssoziologie.

Dr. Tonia Schüller freie Mitarbeiterin am Institut für Orient- und Asienwissenschaften der Rheinischen Friedrichs-Wilhelm Universität Bonn. Forschungsschwerpunkte: Ägypten im 19. und 20. Jahrhundert; Fatimidenzeit; Arabischer Frühling/Demokratisierungsbewegung im Nahen Osten.

Dr. phil. Lukas Wick Islamwissenschaftler. Forschungsinteressen: Islamische Theologie; Geschichte, Kultur und Politik des Nahen und Mittleren Ostens; Arabische Medien.

Dr. Khadija Katja Wöhler-Khalfallah Politik- und Islamwissenschaftlerin, Fachautorin. Forschungsschwerpunkt: Globaler Zusammenhang zwischen den unterschiedlichen islamisch-fundamentalistischen Gruppierungen, aus den Ursprungsländern bis hin nach Europa und Deutschland sowie ihre politischen Ziele und Rolle im internationalen Terrorismus.

Alexander Yendell M.A. wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Praktische Theologie der Universität Leipzig. Forschungsschwerpunkte: quantitative Sozialforschung; Religionssoziologie; Migrationssoziologie; Bildungssoziologie.

Dr. Holger Zapf Akademischer Rat am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Göttingen. Forschungsschwerpunkte: Trans- und Interkulturalität politischer Theorien; politisches Denken der islamischen Welt; Methoden der Politischen Theorie.

Einführung

Oliver Hidalgo, Holger Zapf, Ahmet Cavuldak und
Philipp W. Hildmann

1 Demokratie und Islam: Stationen einer publizistischen Kontroverse

Ob Demokratie und Islam vereinbar sind und wie es gegebenenfalls um die Legitimität eines spezifisch islamischen Typus der Volksherrschaft bestellt ist, wird in der Literatur seit geraumer Zeit kontrovers diskutiert. Die bisweilen recht polemisch geführte Debatte stand gerade im deutschsprachigen Raum lange im Zeichen der Diskursmacht, die von Huntingtons Slogan des *Clash of Civilizations* ausging.¹ Das hart-

¹ Dazu etwa der Band von Kallscheuer 1996, der die islamkritischen Ansätze von Dan Diner und Bernard Lewis lanciert. Zur Kritik am „Mythos“ des *Clash of Civilizations* siehe Hafez 1997 und Çağlar 2002. Für den Versuch einer kritischen Relativierung der Thesen Hunting-

O. Hidalgo (✉)

Institut für Politikwissenschaft, Universität Regensburg, Universitätsstr 31,
93040 Regensburg, Deutschland
E-Mail: oliver.hidalgo@politik.uni-regensburg.de

H. Zapf

Institut für Politikwissenschaft, Universität Göttingen, Platz der Göttinger Sieben 3,
37073 Göttingen, Deutschland
E-Mail: hzapf1@gwdg.de

A. Cavuldak

Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Sozialwissenschaften,
Unter den Linden 6, 10099 Berlin, Deutschland
E-Mail: ahmet.cavuldak@yahoo.de

P. W. Hildmann

Hanns-Seidel-Stiftung, Lazarettstraße 33,
80636 München, Deutschland
E-Mail: hildmann@hss.de

näckige (Vor-)Urteil, es mit einer Form des Kulturkampfes zu tun zu haben, wurde dabei von einer Reihe populärwissenschaftlicher Studien unterfüttert, die der Öffentlichkeit ein Bild islamischer Parallelgesellschaften präsentierten, in denen insbesondere die Frauen systematisch unterdrückt werden (z. B. Raddatz 2004; Kelek 2005, 2006) oder die gar einer Unterwanderung der westlichen Demokratien durch die Muslime Vorschub leisteten (z. B. Ulfkotte 2003, 2008). Auf jene Bedrohung reagierten Deutschland und Europa angeblich mit falscher Zurückhaltung und leichtsinniger Toleranz (z. B. Broder 2006; Raddatz 2007; Sarrazin 2010). Auch einige weniger alarmistisch gehaltene Studien, die einen fundamentalen Gegensatz zwischen den theologischen Prinzipien im Islam und dem Anforderungsprofil an demokratische Rechtsstaaten monierten (z. B. Nagel 2001; Wick 2009), das islamische Frauenbild als inkommensurabel mit der Demokratie einstufen (Schirrmacher und Spuler-Stegemann 2004) oder einen Entwicklungsrückstand der islamischen Welt an der dortigen Omnipräsenz des Sakralen in Politik und Gesellschaft festmachen wollten (Diner 2005), fügten sich in diese Argumentationslogik ein.

Dem stehen ebenso zahlreiche wie vielfältige Ansätze und Selbstbeschreibungen gegenüber, die eine Verbindung von islamischen und demokratischen Ideen durchaus in Aussicht stellen.² In dieser Hinsicht ist nochmals zu differenzieren zwischen eher westlich orientierten und autochthonen Denkmustern sowie solchen, die beide Aspekte vereinigen, selbst wenn die Grenzen hier bisweilen fließend anmuten. Was erstere angeht, so dürften die Werke von Soroush (2000), Sachedina (2001), Shabestari (2003), Ebadi (2003) oder Bayat (2007) international mittlerweile den höchsten Bekanntheitsgrad erreicht haben. Hinzu kommen Positionierungen wie die von Al-Ashmawy (1989), Zakariya (1991) oder An-Naim (2008)³, die eine substantielle Trennung von Politik und Religion fordern und damit vor allem innerhalb der muslimischen Welt auf teilweise heftigsten Widerstand stießen.⁴ Zur zweiten Gruppe der Demokratievarianten, die auf die Eigenständigkeit (oder auch Überlegenheit) islamischer Politikmodelle pochen, zählen beispielsweise die Ansätze von Kabuli (1994) und Moussali (2001). Letzterer geht – mit Blick auf den im Koran

tons siehe Tibi 1998. Riesebrodt (2001) versteht seinen Ansatz zwar explizit als Gegenentwurf zu Huntington, macht aber die konstatierte *Rückkehr der Religionen* exakt am Phänomen religiös motivierter Gewalt fest.

² Für einen Überblick über die wachsende Zahl an islamischen Demokratievorstellungen siehe z. B. Khan 2006, Kamrava 2006, Donohue und Esposito 2007, Hunter 2009 und Benzine 2012.

³ An-Naim (1996) sprach sich überdies für eine Form der islamischen Reformation aus.

⁴ Für einen Überblick zur innerislamischen Säkularisierungsdebatte siehe Flores 2005. Nach Arkoun (1998) besteht zwischen Religion und Demokratie eine grundsätzliche Spannung, weshalb demokratische Prozesse mit philosophisch-kritischen Denkweisen einhergehen.

vorgeschriebenen Beratungsgedanken (*shura*) – so weit, die Wurzeln der modernen liberalen Demokratie westlicher Provenienz ihrerseits im Islam zu verorten.⁵ Zwischen westlicher und islamischer Demokratieidee steht hingegen Abou El Fadl (2001), der seine Thesen bereits mit führenden westlichen Politiktheoretikern diskutiert hat (Abou El Fadl und Cohen 2004) und seine Vermittlung u. a. als Antwort auf den islamistischen Extremismus begreift (Abou El Fadl 2005). Für Sadiki (2004) geht es in ähnlicher Weise darum, Raum für die Koexistenz von westlicher und islamischer Demokratie zu schaffen.

Die bloße Existenz derartiger islamischer Demokratiemodelle wehrt sich gegen den (auch von Muslimen bisweilen noch geschürten) Eindruck, dem Islam mangele es an den grundlegenden Voraussetzungen für eine demokratiekompatible Fortschreibung, ob man dies nun bedauert (z. B. Mernissi 2002) oder – aufgrund der Überlegenheit einer von Allah gegebenen Ordnung gegenüber der menschlichen Willkür – auch begrüßt (z. B. Jan 2007). Verdächtig wirkt das Amalgam aus Demokratie und Islam gleichwohl deshalb, weil gerade prominente Vertreter dieses Modells ihre Adaptionen mit einer faktischen Kontrolle durch islamische Rechtsgelehrte (al-Qaradawi 2009) sowie Verdammungen der Homosexualität, der Apostasie und der Gleichberechtigung der Frauen verbinden (al-Qaradawi 2003) oder aber – wie im Fall von Rachid al-Ghannouchi – zumindest keine Möglichkeit für die Herausbildung eines gleichberechtigten Arrangements zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen vorsehen.⁶ Dass solche Auffassungen in der Theorie einer Art „Theo-Demokratie“ gleichkommen, wie sie von einem der wichtigsten Rechtsgelehrten des Islamismus – Abul A’la Maududi (1997) – propagiert wurde, und in der Praxis keine allgemein akzeptierte politische Ordnung begründen können, hat sich für viele Beobachter im Zusammenhang mit den Wahlsiegen islamistischer Parteien in Tunesien und Ägypten bestätigt.

Eher von Skepsis gesäumt sind bislang ebenso die Ansätze, die dem Islam eine konstruktive Rolle im Inneren der europäischen Rechtsstaaten zutrauen. Dazu zählen etwa derjenige von Ramadan (2003, 2004), der den Respekt von im Westen lebenden Muslimen für die demokratische Verfassungsordnung anmahnt, ohne die Scharia im Gegenzug zum nachrangigen Moralkodex zu degradieren, oder die von Fethullah Gülen initiierte Bildungsoffensive, die ausgehend von der Türkei Muslimen in der ganzen Welt in Schulen, Universitäten und Sozialeinrichtungen einen neokonservativen, nationalistisch gefärbten Islam näherbringt. Hinter dem dabei

⁵ Zu dieser Position innerhalb des islamischen Demokratiediskurses siehe auch Krämer 1999, S. 21 f. Analog die Ausführungen zu Fahmi Huwaidi im Aufsatz von Flores in diesem Band.

⁶ Zu al-Ghannouchis Demokratieidee zur Zeit der 1990er Jahre siehe Tamimi 2001 sowie aktuell den Beitrag von Klevesath in diesem Band.

an den Tag gelegten formalen Eintreten für die Demokratie vermuten Kritiker letztlich nur ein Lippenbekenntnis.

Die Gefahr, dass die demokratische Methode als Katalysator für einen islamistischen Gottesstaat missbraucht wird, ist tatsächlich nicht einfach von der Hand zu weisen. Auf der anderen Seite lässt sich die Frage nach einer eventuell möglichen Kompatibilität von Demokratie und Islam gar nicht erst stellen, wenn man von einem allzu westlich orientierten Demokratiebegriff ausgeht. Da Demokratisierungsprozesse in der Hauptsache endogene Vorgänge beinhalten, in denen sich ein entlang von sprachlichen, kulturellen und historischen Besonderheiten gebildetes Volkssubjekt als Machtressource und Herrschaftsquelle versteht, muss eine sich im Lebens- und Erfahrungsraum von Muslimen herauskristallisierende Form der Volksherrschaft notwendigerweise spezifische Signaturen aufweisen, die sie von den Demokratien im Westen unterscheidet. Und dass auf diesem schwierigen Weg Rückschläge, Widerstände konservativer Eliten und Instrumentalisierungsversuche verschiedener Couleur vorprogrammiert sind, ist durch die wechselvolle Geschichte der Demokratie in Europa auch im Westen wohlbekannt. Von daher gilt es zuallererst geeignete Ankerpunkte zu finden, um innerhalb der komplexen Debatte über Demokratie und Islam trotz allem zu einer ausgewogenen Position zu kommen. Dies verlangt offensichtlich nicht nur, sich die Bandbreite bewusst zu machen, mit der innerhalb der islamischen Welt auf die Demokratieidee reagiert wird und die – wie oben skizziert – von vehementer Ablehnung, kritischer Aneignung und Reklamation jener Konzepte als Innovation des Islam reicht (Krämer 1999, 2011). Sondern es ist auch sehr grundsätzlich nach dem Verhältnis von Politik und Religion in der Demokratie bzw. nach den Charakteristika der Demokratie selbst zu fragen, um auf dieser Basis schließlich doch zwischen authentischen Modellen und Etikettenschwindeln differenzieren zu können, ohne zugleich den historisch kontingenten Erfahrungsraum des Westens zum normativen Maßstab für andere Kulturen zu erheben.

Zur Umsetzung dieses ambitionierten Unterfangens haben wir umgekehrt zu registrieren, was gegenwärtig einer auch im Westen akzeptablen Verbindung von Demokratie und Islam (noch) widersteht, wenn die erwähnten Reformbemühungen die Annahme einer generellen Demokratieresistenz entkräften. Vor dem Hintergrund liberaler Koranexegesen wie denjenigen von Muhammad Schahrūr, Farid Esack, Nasr Hamid Abu Zaid oder Mehmet Paçacı,⁷ die in der Tradition von Ibn Ruschd eine Vermittlung zwischen Glauben und Vernunft anstreben und dazu den

⁷ Zur Porträtierung jener Denker siehe nach wie vor den Band von Amirpur und Ammann (2006). In ihrer jüngsten Publikation plädiert Amirpur unter dem provokativen Titel „Dschihad für Demokratie, Freiheit und Frauenrechte“ (2013) für eine Erneuerung des Islam, die die Tradition der Pluralität in der islamischen Kultur aufgreift und fortsetzt.

Entstehungskontext der theologischen Quellen im Islam, deren Interpretationsbedürftigkeit sowie die menschliche Entscheidungsfreiheit innerhalb eines vorgegebenen Rahmens betonen, lässt sich zumindest theoretisch relativ unschwer eine islamische Demokratieidee begründen, die weder eine verkappte Theokratie darstellt noch von Muslimen als Oktroyierung eines westlichen Konzepts aufgefasst werden müsste. Die Fragestellung nach Demokratie und Islam verlagert sich dadurch ihrerseits in einen genuin politischen Kontext. Dies erfordert, die darauf gegebenen Antworten auf ihre jeweiligen politischen Motivationsgründe zu untersuchen oder sogar die politische Genese theologischer Ausrichtungen als solche ins Visier zu nehmen. Der zweite Punkt betrifft nicht nur die allgemeine Einsicht in die politischen Instrumentalisierungen, ja Verfälschungen, die dem Islam wie anderen Religionen im Laufe seiner Geschichte widerfahren sind,⁸ sondern auch die dezidierte Dialektik, die aus dem spannungsreichen Zusammentreffen zwischen den säkularen europäischen Kolonialmächten und der muslimischen Welt seit dem 19. Jahrhundert resultierte.⁹ Zusammen mit dem Gewaltpotential, das monotheistischen Glaubensrichtungen anscheinend per se innewohnt (Assmann 2003, 2007; Baudler 2005), vermögen diese politischen Zusammenhänge im Zweifelsfall eine deutlich überzeugendere Erläuterung des aktuellen islamischen Fundamentalismus und Dschihadismus bereitzustellen als die Annahme, der Islam sei kriegerischer als andere Religionen. Dass letztere Auffassung in der politischen Öffentlichkeit nichtsdestotrotz hohen Zuspruch erfährt, macht es nötig, die Frage nach Demokratie und Islam auch vor dem Hintergrund grassierender Islamophobien¹⁰ zu beleuchten.¹¹

Die theoretische Kontroverse erhält ihre besondere politische Brisanz derzeit aus dem Umstand, dass nicht nur der demokratische Rechtsstaat angesichts stetig wachsender Migrationsströme nach Möglichkeiten sucht, den Islam konstruktiv in Gesellschaft und Verfassungsordnung zu integrieren,¹² sondern dass auch die

⁸ Sehr erhellend in diesem Zusammenhang sind die Studien von Meddeb (2007) und Öztürk (2007).

⁹ Zur Darstellung jener Dialektik sind insbesondere die Bücher von Roy (2006), Bauer (2011) und Flores (2011) zu empfehlen.

¹⁰ Dazu z. B. Schneiders 2009, Bühl 2010, Bahnert 2011 oder Benz 2011. Farid Hafez hat in der Zwischenzeit sogar das *Jahrbuch für Islamophobieforschung* gegründet. Für eine internationale Perspektive Allen 2010.

¹¹ Siehe dazu den Beitrag von Yendell in diesem Band.

¹² Werner Schiffauer (2008) konstatierte diesbezüglich eine sich in Deutschland und Europa etablierende kooperative Neuausrichtung der staatlichen Politik gegenüber Muslimen bzw. muslimischen Verbänden, bei der sicherheits- und integrationspolitischen Ziele allerdings eher konkurrieren als sich ergänzen. In der 2006 eingerichteten Deutschen Islamkonferenz

arabische Welt nach den Rebellionen im Frühjahr 2011 nach wie vor nach einem tragfähigen politischen Ordnungsmodell sucht, das bei strenggläubigen wie liberalen Muslimen Akzeptanz genießt. Schon jetzt ist abzusehen, dass es in beiden Fällen eine Gratwanderung bedeuten wird, um einerseits die Offenheit und Spielräume der Demokratie zu nutzen, ohne zugleich einen normativen Ausverkauf des Konzepts zu provozieren oder sie womöglich sogar zu Tode zu schützen. Die klassischen Antinomien und Autoimmunitäten der Demokratie sind im Hinblick auf ihre Herausforderung durch den Islam in besonderem Maße am Werk und verlangen nach differenzierten Argumentationen sowie einer engen Verzahnung von Theorie und Empirie. Der vorliegende Band versucht dem gerecht zu werden.

2 Die Komplexität im Verhältnis von Demokratie und Islam

Die Fragestellung nach dem Verhältnis von Demokratie und Islam weist mehrere relevante Aspekte und Facetten auf, die sowohl gesondert als auch als ineinandergreifende Problemkreise zu betrachten sind. Am Beginn jeder einschlägigen theoretischen Auseinandersetzung mit dem Thema hat dabei die Anschlussfähigkeit zu stehen, die der Legitimation demokratischer Herrschaft und Gesellschaft im islamischen politischen Denken in Geschichte und Gegenwart widerfährt. Jene in den politischen Öffentlichkeiten des Westens überwiegend vernachlässigte Perspektive resümiert entsprechend die Rechtfertigungsdiskurse wie auch die konkreten Gegenargumente, die mit Blick auf die Demokratie unter Berufung auf islamische Prinzipien unternommen werden, wobei gegebenenfalls nochmals zwischen sunnitischen und schiitischen, modernistischen und salafistischen Ansätzen zu unterscheiden ist. Desgleichen impliziert dieser erste Zugang die Notwendigkeit zu einigen metatheoretischen Überlegungen, was die grundlegende Applizierbarkeit und normative Geltungsmöglichkeit eines nach herrschender Meinung im Westen generierten politischen Begriffs (Stichwort: Orientalismusthese) angeht. Dabei sollten die Bedingungen der Entstehung von Demokratie und Freiheit im westlichen Erfahrungsraum nicht mit den Möglichkeiten ihrer Aneignung und Neuschöpfung

zur Förderung des Dialoges zwischen dem Staat und den in Deutschland lebenden Muslimen (Busch und Goltz 2011) spiegelt sich die dominierende Bedrohungsperzeption jedenfalls ebenso wider wie in der davon beeinflussten Diskussion über die Einführung und Gestaltung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen (Ucar und Bergmann 2010), im Ruf nach einer formalisierten und institutionalisierten Imamausbildung (Ceylan 2010) oder in der Anregung eines Aussteigerprogramms für Salafisten (Kellers 2012). Zum Spannungsfeld von Konflikt und Dialog im Umgang mit dem Islam in Deutschland siehe auch Zehetmair 2005.

unter anderen historischen Voraussetzungen und in anderen Traditionen verwechselt werden (1).

Von diesem ersten Punkt aus erfolgt ein logischer Übergang zum Kernproblem, das vor allem aus westlicher Sicht gegen die Option einer islamischen Demokratie angeführt wird: die immer wieder behauptete Untrennbarkeit von Politik und Religion im Islam,¹³ die es im Grunde sogar verbiete, zwischen Islam und Islamismus eine überzeugende Grenzlinie zu ziehen (Nagel 2005). Inwieweit das Verhältnis zwischen Politik und Religion in Koran und Sunna tatsächlich derart vorgeschrieben ist oder eben doch Raum für Herrschafts-, Zivilgesellschafts- und Rechtsstaatskonzepte lässt, die die semantische Konstruktion der islamischen Demokratie zu keiner *contradictio in adjecto* macht, ist insofern grundsätzlich und mit der gebotenen Tiefenschärfe zu reflektieren. Das Gleiche gilt für die Frage, ob die Demokratie überhaupt unter Berufung auf eine religiöse Autorität zu legitimieren ist oder ob sich nicht allein schon ein derartiger Versuch gegen den säkularen Charakter der modernen Volksherrschaft wendet. Zu überprüfen ist freilich auch, ob die kontingente Erfahrung der Religionskriege im Zuge der Reformation nicht umgekehrt eine europäische „Angst vor den Religionen“ (Casanova 2009) geschürt hat, die die Bedeutung des Säkularisierungsnarrativs für die Demokratie bis heute überschätzt. Wie viel Religion verträgt oder braucht die Demokratie, wie säkular bzw. wie getrennt haben die politische und religiöse Sphäre im demokratischen Rechtsstaat zu sein? Kann es überhaupt eine universelle, orts- und zeitenthobene Lösung des religionspolitischen Problems in der Demokratie geben? Jene traditionelle Thematik aus den europäischen Aufklärungsdiskursen erhält im Zuge der Islamdebatte eine völlig neue Aufmerksamkeit (2).

Als Nächstes ist der Befund auszuleuchten, dass die empirischen Untersuchungen über die Demokratisierungsfähigkeit der muslimischen Welt bislang keine deutliche Sprache sprechen. Einerseits wurde die vermeintliche Stabilität der autokratischen Systeme in der Region durch den ‚arabischen Frühling‘ pulverisiert, andererseits sind die daran anknüpfenden Demokratisierungsprozesse mittlerweile doch arg ins Stocken geraten. Und während die Demokratie von einer großen Anzahl von Muslimen in Umfragen positiv bewertet wird, lassen relativ etablierte Demokratien wie die Türkei manch bedenkliche Entwicklung erkennen. Gerade an dieser Stelle ist der Faktor Religion in den betroffenen Ländern allerdings in den Zusammenhang von ökonomischen, strukturellen, ideologischen und geopolitischen Bedingungen zu bringen, um die jeweiligen Entwicklungspotentiale akkurat ausloten zu können. Die Wahlsiege von islamistischen Parteien als nach wie

¹³ Siehe hierfür die bereits klassischen Islamkritiken von Gellner 1981, Nagel 1981 und Lewis 1991.

vor sichtbarste Konsequenz des ‚arabischen Frühlings‘ wären andernfalls kaum zu erklären.¹⁴ Welche Rolle religiöse Gruppen wie die Muslimbrüder für die weitere politische Zukunft in der Region spielen werden, ist zum heutigen Zeitpunkt mehr als ungewiss. Von einer Demokratie, die Religionsfreiheit, Pluralität und nachhaltige Koexistenz von Gläubigen und Säkularen garantiert, ist man dort zweifellos noch weit entfernt. Ein Rückfall in die Unterstützung autokratischer Regime zur Eindämmung der islamistischen Gefahr wäre gleichwohl die falsche Lehre, die aus den Ereignissen seit 2011 zu ziehen ist (3).

Auch innenpolitisch wird der Islam heute bevorzugt als Konfliktursache vermutet. Eine umfassende Beschäftigung mit der Vereinbarkeit von Demokratie und Islam kommt aber auch deswegen an der Frage nach dem gegenwärtigen Stand der Integration der Muslime in den demokratischen Rechtsstaat nicht vorbei, weil nicht nur die Einstellung der Muslime zum demokratischen Verfassungsstaat auf dem Prüfstand steht, sondern ebenso dessen Anforderungen an einen adäquaten Umgang mit den Angehörigen muslimischen Glaubens. Die Bemühungen, das (Weiter-)Bestehen von islamischen Parallelwelten zu verhindern und dazu geeignete religionspolitische Maßnahmen zu ergreifen, dürfen daher nicht an der grundsätzlichen Freiheit der Religionsausübung rütteln. Wie sehr die beiden Aspekte zusammenhängen, ist allein daran zu ersehen, dass die Debatten über den Moscheen- und Minarettenbau auf der einen und den staatlichen Einfluss auf die Imamausbildung auf der anderen Seite genau genommen nur zwei unterschiedliche Stadien der gleichen Problematik indizieren. Wann und inwieweit dabei Toleranz und Kooperation oder aber sicherheitspolitische Konsequenz der Situation besser angemessen sind, muss sich noch zeigen (4).

3 Aufbau und Gliederung

Die im vorangegangenen Abschnitt skizzierten vier zentralen Bereiche des Themenkomplexes „Demokratie und Islam“ liegen der Kapitelstruktur des vorliegenden Bandes zugrunde. Die Beiträge, die mehrheitlich auf eine Kooperationstagung des DVPW-Arbeitskreises *Politik und Religion*, der DVPW-Themengruppe *Transkulturell vergleichende Politische Theorie* und der *Hanns-Seidel-Stiftung* vom April 2012 in Wildbad Kreuth zurückgehen, fächern sich dabei in den theoretisch konzipierten ersten Teil der Kap. 1 und 2 sowie den empirischen Teil der Kap. 3 und 4 auf.

In seinem Eröffnungsbeitrag zum innerislamischen Diskurs über die Demokratie entfaltet *Alexander Flores* die These, dass der Islam in seiner Vielgestaltigkeit

¹⁴ Siehe dazu vor allem den Beitrag von Schüller in diesem Band.

und Flexibilität prinzipiell sehr offen für eine konstruktive Verbindung mit der Demokratie wäre. Ausgehend von dem Befund, dass in den Grundlagentexten des Islam, dem Koran und der Sunna, keine eindeutigen Aussagen zur Politik geschweige denn zur Demokratie getätigt werden, zeichnet Flores zunächst die funktionelle Trennung der politischen und religiösen Sphäre nach, wie sie sich im islamischen Bereich lange Zeit vor den neuzeitlichen Säkularisierungsprozessen in Europa etabliert hat. Das demgegenüber verbreitete Fehltrail, im Islam bildeten Politik und Religion eine unverrückbare, demokratiefeindliche Einheit, führt er auf eine von zahlreichen Muslimen und Nicht-Muslimen geteilte Fiktion zurück. Diese reagiert auf die historisch kontingente Erfahrung des europäischen Imperialismus mit der Formulierung eines gesamtgesellschaftlichen Gestaltungsanspruchs des Islam und erschwerte zugleich eine unvoreingenommene Auseinandersetzung mit dem im Westen generierten Konzept der modernen Volksherrschaft. Die Entwicklung seit dem arabischen Frühling sei insofern als Chance zu sehen, alte Vorurteile auf beiden Seiten aufzubrechen und eine nachhaltige demokratische Umgestaltung der Region voranzutreiben.

Lino Klevesath untersucht im Anschluss, wie zwei prominente islamische Intellektuelle und Politiker das für liberale Demokratien konstitutive Problem der Religionsfreiheit behandeln. Dabei geht er einerseits auf den Tunesier Rachid al-Ghannouchi ein, der als Mitgründer und Anführer der gemäßigt islamistischen Ennahda-Partei höchst einflussreich ist; andererseits thematisiert Klevesath die Arbeiten von Abu al-‘Ala Madi, der mit der ägyptischen Wasat-Partei ebenfalls für eine gemäßigt islamische Richtung steht. Um die politischen Ideen der beiden Autoren einordnen zu können, wird zudem zum einen der gegenwärtige Stand der Religionsfreiheit in Ägypten und Tunesien skizziert, zum anderen werden die Überlegungen wichtiger Referenzautoren wie Sayyid Qutb und Abul A‘la Maududi rekonstruiert. Im Vergleich gelingt es Klevesath, sowohl die zunehmende Liberalisierung wie auch die verbleibenden Ambivalenzen im Werk der späteren Intellektuellen herauszustellen.

An das Problem der Freiheit der ‚Anderen‘ knüpft *Stephan Kokew* an, der verschiedene Rechtfertigungen der Toleranzidee im gegenwärtigen schiitischen Denken vorstellt. Dabei greift er auf die Arbeiten des irakischen Theologen Mājid al-Ġarbāwī ebenso zurück wie auf die der Iraner Mohammed Moḡtahed Šabestari und ‘Abdolkarīm Sorūš. Nachdem er die (ideen-)historischen und semantischen Hintergründe des Toleranzdiskurses in Erinnerung gerufen hat, zeigt Kokew die Strategien auf, die zur Begründung der jeweiligen Positionen gewählt werden. Dabei versäumt er es nicht, auch die innergesellschaftlichen Lagen aufzuzeigen, die erst deutlich machen, weshalb gerade die Idee der Toleranz als Problemlösung ins Spiel gebracht wird. Trotz der Unterschiedlichkeit der Begründungsstrategien ent-

stehen hier ganz ähnliche Toleranzkonzepte, womit eindrücklich der Befund unterstrichen wird, dass diese Konzepte über den Rahmen des schiitischen Islam hinaus paradigmatisch für gesamtislamische Toleranzideen stehen können.

Jochen Lobah setzt sich hingegen mit dem Phänomen des Salafismus auseinander, das nicht nur innerhalb genuin muslimischer Gesellschaften, sondern auch unter Muslimen in der Diaspora zunehmend an Relevanz gewinnt. Dabei unterstreicht er, dass der Salafismus nicht nur die ethisch-moralische Richtschnur des originären Islam zu repräsentieren beansprucht, sondern in diesem Zusammenhang auch als reformorientierte Rückbesinnung auf wesentliche Grundzüge des Islam dessen kreative Wiederbelebung im 20. Jahrhundert beabsichtigte. In einer detaillierten Auseinandersetzung mit der Entwicklung dieser Strömung zeichnet Lobah die Linie nach, die vom ursprünglich reformerischen Ansatz durch unterschiedliche sozio- und geopolitische Faktoren hin zu einer Verknöcherung und Überbetonung der legalistischen Seite des Islam führte. Hervorgerufen durch die teilweise gewaltsamen Konflikte des Westens mit der islamischen Welt und gestärkt durch die Intransparenz der neuen ‚Social Media‘ dient salafistisches Gedankengut gegenwärtig auch als Propaganda für den Kampf gegen ‚den Westen‘ sowie als Rechtfertigung für den Dschihad. Die Komplexität sowie die strukturellen Ursachen dieser Wendung ins Extreme werden hier anhand von Analysen entsprechender Internetforen und Fallbeispielen erörtert.

Im letzten Beitrag des ersten Kapitels wirft *Holger Zapf* die theoretisch-methodische Frage auf, inwieweit sich das Problem des Zusammenhangs von Islam und Demokratie überhaupt sinnvoll mit inhaltlichen Analysen politischer Ideen erschließen lässt, da diese letztlich immer kulturalistisch argumentieren und somit problematische Konnotationen von Authentizität generieren. Daher schlägt er vor, die Genese politiktheoretischer Diskurse vor dem Hintergrund von Semantiken und Argumentationsmustern zu untersuchen, in denen sich widerspiegelt, was gesellschaftlich resonanzfähig erscheint. Exemplarisch wird dabei auch auf die Semantik von Staat und Gesellschaft sowie auf ‚religiöse‘ Argumentationsmuster eingegangen.

Der zweite Themenblock über die grundlegende Frage der Säkularität der Demokratie und das Verhältnis zwischen Religion und Politik im Islam beginnt mit *Nader Hashemi*, der die problematische westliche Sicht auf Islam und Säkularität eindrücklich am Beispiel des Orientalisten Bernard Lewis darstellt. Hashemi kann in diesem Zusammenhang zeigen, dass die Mängel von Lewis' Analysen nicht so sehr in einer falschen Einschätzung des Orients als vielmehr in einer Fehlinterpretation der politischen Geschichte des Christentums liegen. Diese Sichtweise baut auf der grundlegenden Überlegung auf, dass Institutionen wie säkulare Staaten nicht in erster Linie durch kulturell verankerte und insofern primordiale Ideen ent-

stehen, sondern durch kontingente historische Lernprozesse, wodurch die Unterschiede zwischen der islamischen Welt und dem Westen Hashemi zufolge deutlich besser zu erklären sind.

Tilman Nagel setzt sich daraufhin mit dem Denken des bekannten marokkanischen Gelehrten Muḥammad ‘Ābid al-Ġābirī (1936–2010) auseinander. Dies erfolgt unter der Fragestellung, ob und inwiefern er als ein Aufklärer und Verfechter der Säkularisierung gelten könne. Das Ringen um eine islamische Begründung der Menschenrechte, Demokratie und Säkularität wird am Beispiel al-Ġābirī veranschaulicht. Nagel thematisiert in seiner Mikrostudie auch die Rezeption des Marxismus im islamischen Erfahrungshorizont und die damit verbundenen Rechtfertigungszwänge. Er erklärt die ursprüngliche Hinwendung des Intellektuellen zum Marxismus und später wieder zum Islam durch die strukturelle Ähnlichkeit ihrer Wahrheitsansprüche. In einem Exkurs zur Säkularisierung stellt der Autor die diskussionswürdige These auf, „der Siegeszug des deistischen Gottesverständnisses“ sei im Europa der Neuzeit eine unabdingbare Voraussetzung der Säkularisierung gewesen. Analog dazu setze eine „tatsächliche islamische Säkularisierung die Entstehung eines islamischen Deismus“ voraus.

Ahmet Cavuldak thematisiert demgegenüber die Legitimität der Trennung von Islam und Politik am Beispiel der Türkei. Zunächst betont er – durchaus ähnlich wie Nader Hashemi – im Zuge einer kritischen Beschäftigung mit den Thesen einiger westlicher Orientalisten die Notwendigkeit zur differenzierten Betrachtung der religionspolitischen Ordnungssituation in den islamisch geprägten Gesellschaften. Nicht nur die dogmatischen Unterschiede zwischen dem sunnitischen Islam und dem Schiitentum, den verschiedenen Rechtsschulen und der Mystik müssten im Auge behalten, sondern auch die mannigfaltigen Gestalten und Kontexte politischer Herrschaftspraxis stärker ins Blickfeld gerückt werden. In einem zweiten Schritt geht Cavuldak auf das Beispiel der Türkei ein und zeigt, in welchem Ausmaß das Gewicht der Geschichte im Verhältnis von Religion und Politik zu Buche schlägt. Festzuhalten ist der Befund, dass es im Osmanischen Reich neben der religiösen auch funktionale Rechtfertigungsansätze politischer Herrschaft gegeben hat, die sich an den weltlichen Belangen und Erfordernissen des Staates orientierten; und dass diese Ansätze später durch Atatürk unter dem Einfluss des französischen Laizismus in der republikanischen Türkei radikalisiert worden sind.

Lukas Wick widmet sich im Rahmen seines Beitrags der theologischen Dimension des Verhältnisses von Demokratie und Islam. Dabei geht er von der Annahme aus, dass in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Thema die sozialwissenschaftliche Perspektive dominiert und der theologische Diskurs nicht die verdiente Beachtung findet. Wick gelangt in seiner Analyse der religiösen Diskurse der Ulema im näheren und weiteren Umkreis der berühmten Azhar Universität in

Kairo zu der ernüchternden Einschätzung, dass die überwiegende Mehrheit der Theologen den traditionellen Vorstellungen verhaftet bleibt und jegliches theologisches Problembewusstsein für die freiheits- und individualrechtlichen Dimensionen des modernen Konstitutionalismus vermissen lässt. Sie stehen den Errungenschaften der politischen Moderne wie etwa der Trennung von Religion und Staat, den demokratischen Verfahrensregeln, der Gewaltenteilung, Säkularität und Religionsfreiheit insgesamt kritisch bis ablehnend gegenüber. Die Brisanz des Befundes wird ein Stück weit relativiert durch die Aussage, dass der Einfluss religiöser Würdenträger auf den individuellen Lebensvollzug der Muslime begrenzt ist und die ablehnende Haltung der Theologen zu den demokratischen Errungenschaften ihrerseits von politischen und sozio-ökonomischen Faktoren bedingt ist.

Am Ende des zweiten Abschnitts stellt *Oliver Hidalgo* die sehr grundsätzliche Frage, inwieweit sich die Demokratie überhaupt durch ein spezifisches Verhältnis zur Religion auszeichnet und politische Legitimität dort per se jenseits göttlicher Offenbarung zu veranschlagen ist. Zur terminologischen Erfassung der diesbezüglichen Janusköpfigkeit der Demokratie, die sowohl die Emanzipation des Politischen von der Religion voraussetzt als auch dezidierte Verbindungslinien zwischen beiden Sphären respektiert (und diese zivilgesellschaftlich gesehen gegebenenfalls sogar benötigt), schlägt Hidalgo ein Säkularisierungskonzept vor, das sein Pendant im berühmt-berüchtigten Begriff der *Politischen Theologie* findet. Vor diesem Hintergrund sei nicht nur die Vielschichtigkeit und Ambivalenz im Verhältnis von Religion und Politik in der Demokratie zu konturieren, sondern ebenso die konstitutive Gleichzeitigkeit von Säkularem und Nicht-Säkularem. Infolge der Rekonstruktion der Frage nach Demokratie und Islam als politisch-theologisches Problem sowie des diesbezüglichen Vergleichs zwischen Christentum und Islam vermag der Beitrag außerdem eine Vorstellung der Spielräume und Grenzen zu vermitteln, in denen sich eine authentische Demokratie islamischer Provenienz realisieren könnte.

Das dritte Kapitel, das zugleich den Anfang des empirischen Teils des Bandes markiert, wird von *Thomas Demmelhuber* eingeleitet, der die Vielfalt der derzeit sichtbaren politischen Wandlungsprozesse in der arabischen Welt systematisch diskutiert – ist es doch nicht nur das Erdbeben des ‚arabischen Frühlings‘ in einigen Ländern, das aufhorchen lässt, sondern gerade vor diesem Hintergrund die wiederum überraschende Stabilität anderer Regime. Hier fokussiert der Aufsatz vor allem die Unterschiede zwischen Republiken und Monarchien, die über jeweils sehr unterschiedliche Legitimitätsressourcen verfügen – im Falle der Monarchien sind dies Demmelhuber zufolge auch deutlich über die bekannte Rentierstaats-These hinaus Gründungs- und Modernisierungsnarrative, die insbesondere die bereits inkludierten Bevölkerungsanteile ansprechen und so für ausreichende Massenlo-

alität sorgen können. Die auf eine *longue-durée*-Perspektive gestützte Analyse der Ursachen und Hintergründe von Wandel und Stabilität macht damit deutlich, dass unklar ist, ob sich die Monarchien eher so wie Syrien und Libyen auf den Staatszerfall zubewegen oder wie Ägypten und Tunesien in ergebnisoffene Transformationsphasen eintreten werden – oder ob sie überhaupt vor vergleichbaren Veränderungen stehen.

Der Aufsatz von *Tonia Schüller* nimmt konkret die Siege der islamistischen Parteien bei den Wahlen Ende 2011 in Tunesien und Ägypten in Augenschein. Dabei extrapoliert die Autorin eine breite Palette von Gründen, welche die nachhaltige Popularität der am Sturz Ben Alis und Mubaraks zuvor kaum beteiligten religiösen Gruppen erläutern, zugleich aber auch die Schwierigkeiten konturieren, mit denen die Islamisten in der Folge bei der Umsetzung ihrer politischen Programmatik bzw. ihrer Ideologie konfrontiert waren. Durch den historischen Rückgriff auf die Anfänge der *Nahda* in Tunesien und der Muslimbruderschaft in Ägypten gelingt es Schüller zudem, die Kontinuitäten nachzuzeichnen, die in beiden Ländern seit langem für eine zwiespältige und gefährliche Verbindung zwischen Religion und Politik sorgen, ohne dass dies im Gegenzug dazu führen dürfte, die Chancen einer trotz allem positiven Verbindung von Demokratie und Islam zu ignorieren.

Auch *Nina Guérin* bemüht sich um eine Einordnung der gegenwärtigen Transformationsprozesse. Dabei greift Guérin auf die Hypothese zurück, derzufolge sich das politische System und die politische Kultur (im Sinne der aggregierten individuellen Einstellungen) in den betreffenden Staaten zu weit auseinanderentwickelt haben, wodurch den Regimes letztlich die Legitimität entzogen wurde. Gestützt wird diese Hypothese durch den empirischen Befund, dass Demokratie in den betroffenen Staaten von den Bevölkerungen hoch geschätzt wird. Unter Rückgriff auf Daten über Ägypten und Marokko kann Guérin zeigen, dass diese Hochschätzung der Demokratie nicht notwendig mit demokratischen Werten einhergeht – gesellschaftlicher Pluralismus und Protestbereitschaft fallen demgegenüber deutlich geringer aus, was für die grundlegende Hypothese nicht unproblematisch ist. Darüber hinaus ergeben sich aus ihrer Analyse Hinweise darauf, dass es entgegen einer vielfach anzutreffenden Behauptung gar nicht die jungen, wohlhabenden und gebildeten Menschen in den Städten sind, die in erster Linie demokratische Werte vertreten.

Der daran anschließende Beitrag von *Anja Schoeller-Schletter* hat mit der unter dem dominanten Einfluss der Muslimbrüder und Salafisten verabschiedeten ägyptischen Verfassung von 2012 zwar einen Gegenstand, der faktisch bereits wieder der Geschichte verantwortet wurde; ihre Analyse betrifft gleichwohl ein für die Fragestellung des vorliegenden Bandes hochinteressantes Dokument. Dieses zeigt, welche spezifischen Ideen und (Rechts-)Grundsätze sich hinter einem nominell is-

lamischen Demokratieentwurf verbergen (können) und welche Möglichkeiten und Probleme sich dabei nicht zuletzt aus westlicher Sicht auftun. Schoeller-Schletters verfassungsrechtliche Perspektive ist zudem aufschlussreich für die Frage, inwiefern auf Basis islamischer Prinzipien postautoritäre Ausrichtungen von Staat und Gesellschaft zu begründen sind oder sich daraus nicht mehr oder weniger zwangsläufig neue Formen des Autoritarismus ergeben. Bemerkenswert scheint überdies, dass die Autorin weit davon entfernt ist, den Islam als Alleinstellungsmerkmal der Verfassung von 2012 zu identifizieren: Was sie stattdessen vorlegt, ist eine Untersuchung, die neben mancher Zäsur auch zahlreiche Kontinuitäten zur Tradition der ägyptischen Verfassungsgeschichte belegt.

Cemal Karakas erörtert zum Abschluss des dritten Kapitels die neueren Entwicklungen im Beziehungsfeld von Islam und Politik in der Türkei, wobei der Aufstieg und das Wirken der islamisch-konservativen Regierungspartei AKP (Adalet ve Kalkınma Partisi – Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) im Mittelpunkt stehen. Dabei lässt er sich von der oft aufgeworfenen Frage leiten, ob und inwiefern die türkische Demokratie eine Vorbildfunktion für die arabischen Gesellschaften erfüllen kann. Zwar sei es der Türkei gelungen, im Rahmen der ‚Kemalistischen Trinität‘ aus Republikanismus, Nationalismus und Laizismus den politischen Islam in den demokratischen Pluralismus zu inkorporieren und dadurch zu mäßigen. Doch begünstigten eine Reihe von Demokratiedefekten ihrerseits die Politisierung des Islam und die Autoritarisierung der Regierungspartei zwecks Absicherung der eigenen Macht. Im Ergebnis käme es zu einer weiteren Perpetuierung der Demokratiedefekte in der Türkei und aus diesem Grund könne das Land nur bedingt ein Leitbild für muslimische Demokratien im arabischen Erfahrungsraum sein.

Den vierten und letzten Themenblock eröffnet *Stefan Luft* mit Anmerkungen zur Integrationsdebatte in Deutschland und Frankreich. Er gibt zunächst einen Überblick über die wesentlichen Indikatoren, an denen die Integration der Gruppe der Muslime abzulesen ist, wobei fehlende Datengrundlagen zur Religionszugehörigkeit eine Erfassung erschweren. Daran schließt sich eine Darstellung der Zuwanderung von Muslimen an, die die mangelnde Steuerung durch die Aufnahmestaaten als Charakteristikum für beide Länder identifiziert. Obwohl Integrations- und Islampolitik in Frankreich und in Deutschland ansonsten unterschiedliche Schwerpunkte aufweisen, ähneln sie sich doch darin, dass die politischen Akteure die Aspekte „Integration“ und „Islam“ dort häufig zusammenfassen. Während die einen dabei islamische Organisationen als ‚Integrationsagenturen‘ in die Pflicht nehmen wollen, sehen Islamkritiker sie unverändert als ‚Integrationsbarriere‘ an. Damit wurde – so die von Luft vertretene These – einer „Islamisierung“ der Probleme Vorschub geleistet.

Anne Schönfeld behandelt in ihrem Artikel die staatlichen Versuche einer Institutionalisierung der Ausbildung von Imamen in Deutschland. Sie zeigt zunächst, wie der Imam in den letzten Jahren als Objekt der deutschen Islampolitik ins Blickfeld rückte, sodann wie der Staat gezielt durch die Produktion theologischen Wissens Einfluss auf die ‚Integrationsbereitschaft‘ der Muslime zu nehmen versucht. Durch die institutionelle Inkorporation der muslimischen Pastoralmacht in Gestalt einer universitären Theologie verfolge der Staat das Ziel, die Überzeugungen, Einstellungen und Lebensweisen der muslimischen Subjekte in Einklang mit liberal-demokratischen Ordnungsvorstellungen zu bringen. Begünstigt durch die Anpassungsforderungen der ‚säkularen‘ Umgebung, werde der islamischen Theologie die Aufgabe zugedacht, als „Agentur der Selbstsäkularisierung und Selbstmodernisierung des Islam“ zu dienen. Die selektive Einbeziehung der islamischen Verbände zeige schließlich, dass sich der Staat auf eine Gratwanderung zwischen Anerkennung und Vereinnahmung begeben habe.

Ebenfalls die deutsche Religionspolitik gegenüber dem Islam hat *Khadija Katja Wöhler-Khalfallah* im Visier, wenn sie zu belegen sucht, dass die *Islamische Gemeinschaft in Deutschland* (IGD), die starken Einfluss auf den *Zentralrat der Muslime in Deutschland* ausübt, sowie die *Islamische Gemeinschaft Milli Görüş* (IGMG), die wiederum die größte Mitgliederorganisation im *Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland* ist, infolge ihrer ideologischen, neosalafistischen Ausrichtungen höchst prekäre ‚Partner‘ auf dem Weg zur Integration der Muslime in den demokratischen Rechtsstaat wären. Ihr äußerst kritischer, bisweilen alarmierender Beitrag bestätigt nicht nur, weshalb die von der IGD und der IGMG dominierten islamischen Spitzenverbände derzeit nicht (mehr) an der *Deutschen Islam Konferenz* teilnehmen, sondern stellt indirekt auch die Frage, welche Gruppierungen die hier lebenden Muslime de facto angemessen vertreten. Die Tatsache, dass längst theoretische Ansätze für einen liberalen Reformislam existieren, auf deren Basis ein Konvenieren von islamischer Religion und demokratischem Verfassungsstaat zweifellos möglich wäre, ändert deshalb nichts daran, dass die politische Realisierung eines solchen Projekts unverändert auf gravierende Widerstände stößt.

Der Schlussbeitrag von *Alexander Yendell* thematisiert zuletzt das Phänomen, dass die Wahrnehmung in der Bevölkerung die islamische Religion als Integrationshindernis bisweilen stark überschätzt, anstatt die Integrationspolitik selbst einer Überprüfung zu unterziehen. In einem Vergleich europäischer Staaten weist Yendell nach, dass diese Haltung in Deutschland noch stärker als in anderen Ländern Fuß gefasst hat und vor allem in den neuen Bundesländern Höchstwerte erreicht. Zur Erklärung bemüht er sowohl mikro- als auch makrosoziale Einflussfaktoren, was einerseits die Bedeutung der Kontaktthese für die Ausbildung von differenzierten Urteilen über Muslime sowie andererseits die Wirkungen, die das ethnische

Staatskonzept bis heute auf das Bild der Muslime hierzulande ausübt, unterstreicht. Angesichts der konstatierten islamophoben Einstellungen innerhalb der deutschen Bevölkerung ergibt sich aus seinem Aufsatz der dringende Bedarf, den öffentlichen Selbstverständigungsdiskurs der Gesellschaft voranzutreiben.

4 Zusammenfassung und Ausblick

Der Band knüpft in vielerlei Hinsicht an den breiten Konsens auf der Tagung im April 2012 in Wildbad Kreuth an, dass das Themenfeld „Demokratie und Islam“ trotz seiner großen Präsenz in den Medien auch mittelfristig nicht wissenschaftlich abgearbeitet sein wird, da es sich nach wie vor um einen ausgesprochen dynamischen Gegenstand handelt. Das Bemühen darum, inhaltliche Lücken zu schließen, die auf der Veranstaltung transparent wurden, die bisweilen dramatische Aktualität der Entwicklungen im arabischen Raum zu berücksichtigen sowie schließlich mithilfe des durchgeführten Peer review-Verfahrens die Qualitätsstandards der Beiträge zu sichern, haben dazu geführt, dass sich die Drucklegung der Publikation um einige Monate verzögert hat. Die angestrebte differenzierte Erforschung von Potentialen und Gefährdungen des Projekts der Demokratie in der islamischen Welt hat von dieser zusätzlichen Distanz jedoch sogar nochmals profitiert. Gleichwohl ist uns bewusst, dass der vorliegende Band lediglich eine erste theoretische und empirische Bestandsaufnahme bietet und das ‚Erkenntnispotential‘ des vielschichtigen Themas keineswegs ausschöpft. Die Legitimationsdiskurse zu Demokratie und Menschenrechten im islamischen Denken, das Säkularisierungsproblem im Islam, die politischen Wandlungs- und Demokratisierungsprozesse in der arabisch-islamischen Welt und die Stellung des Islam in den westeuropäischen Demokratien – diese vier Dimensionen des Themas mitsamt ihren komplexen Wechselwirkungen in Geschichte und Gegenwart zu untersuchen, bleibt weiterhin eine Herausforderung für die Sozial- und Geisteswissenschaften.

Trotz aller Vorläufig- und Unzulänglichkeiten teilen die hier versammelten Beiträge immerhin eine Grundausrichtung, die im Ganzen zu demonstrieren bezweckt, dass eine konstruktive Zukunft zwischen Demokratie und Islam sehr wohl im Bereich des Möglichen liegt, ohne dass die auf diesem Weg vorhandenen Risiken und Problemkreise verschwiegen werden müssten. In dieser Hinsicht danken die Herausgeber allen Autorinnen und Autoren ebenso wie den drei Gutachtern, dass sie mit ihrem Engagement und dem erfolgten kritischen Austausch wesentlich zum Gelingen der Publikation beigetragen haben. Antonius Liedhegener und Ines-Jacqueline Werkner gebührt unser Dank für die Aufnahme des Bandes in die Reihe

„Politik und Religion“ des Springer VS Verlages, Dr. Andreas Beierwaltes und Jan Treibel für die Unterstützung des Lektorats.

Literatur

- Abou El Fadl, Khaled. 2001. *Speaking in god's name. Islamic law, authority and women*. Oxford.
- Abou El Fadl, Khaled. 2005. *The great theft. Wrestling Islam from the extremists*. San Francisco.
- Abou El Fadl, Khaled, und Joshua Cohen, Hrsg. 2004. *Islam and the challenge of democracy*. Princeton.
- al-Ashmawy, Muhammad Said. 1989. *L'islamisme contre islam*. Paris.
- Allen, Chris. 2010. *Islamophobia*. London.
- al-Qaradawi, Yusuf. 2003. *The lawful and the prohibited in Islam*. London.
- al-Qaradawi, Yusuf. 2009. Islam and democracy. In *Princeton readings in Islamic thought. Texts and contexts from Al-Banna to Bin Laden*, Hrsg. Roxanne L. Euben und Mohammad Quasim Zaman, 230–245. Princeton.
- Amirpur, Katajun. 2013. *Den Islam neu denken. Der Dschihad für Demokratie. Freiheit und Frauenrechte*. München.
- Amirpur, Katajun, und Ludwig Ammann. Hrsg. 2006. *Der Islam am Wendepunkt. Liberale und konservative Reformer einer Weltreligion*. Freiburg u. a.
- An-Naim, Abdullahi. 1996. *Toward an Islamic reformation*. Syracuse.
- An-Naim, Abdullahi. 2008. *Islam and the secular state. Negotiating the future of Sharia*. Cambridge.
- Arkoun, Mohammed. 1998. Religion und Demokratie. In *Islam – Demokratie – Moderne*, Hrsg. Erdmute Heller und Hassouna Mosbahi, 138–153. München.
- Assmann, Jan. 2003. *Die mosaische Unterscheidung oder der Preis des Monotheismus*. München.
- Assmann, Jan. 2007. *Monotheismus und die Sprache der Gewalt*. Wien.
- Bahners, Patrick. 2011. *Die Panikmacher. Die deutsche Angst vor dem Islam. Eine Streitschrift*. München.
- Baudler, Georg. 2005. *Gewalt in den Weltreligionen*. Darmstadt.
- Bauer, Thomas. 2011. *Die Kultur der Ambiguität. Eine andere Geschichte des Islam*. Berlin.
- Bayat, Asef. 2007. *Making Islam democratic. Social movements and the Post-Islamist turn*. Stanford.
- Benz, Wolfgang. 2011. *Antisemitismus und „Islamkritik“. Bilanz und Perspektive*. Berlin.
- Benzine, Rachid. 2012. *Islam und Moderne. Die neuen Denker*. Berlin.
- Broder, Henryk M. 2006. *Hurra, wir kapitulieren! Von der Lust am Einknicken*. Berlin.
- Bühl, Achim. 2010. *Islamfeindlichkeit in Deutschland. Ursprünge, Akteure, Stereotypen*. Hamburg.
- Busch, Reinhard, und Gabriel Goltz. 2011. Die Deutsche Islam Konferenz. Ein Übergangsformat für die Kommunikation zwischen Staat und Muslimen in Deutschland. In *Politik und Islam*, Hrsg. Henrik Meyer und Klaus Schubert, 29–46. Wiesbaden.

- Çağlar, Gazi. 2002. *Der Mythos vom Krieg der Zivilisationen. Der Westen gegen den Rest der Welt. Eine Replik auf Samuel P. Huntingtons ‚Kampf der Kulturen‘*. Münster.
- Casanova, José. 2009. *Europas Angst vor der Religion*. Berlin.
- Ceylan, Rauf. 2010. *Die Prediger des Islam. Imame – Wer sie sind und was sie wirklich wollen*. Bonn.
- Diner, Dan. 2005. *Versiegelte Zeit. Über den Stillstand in der islamischen Welt*. München.
- Donohue, John, und John Esposito. Hrsg. 2007. *Islam in Transition. Muslim Perspectives*. New York.
- Ebadi, Shirin. 2003. *Democracy, human rights, and Islam in modern Iran. Psychological, social, and cultural perspectives*. Bergen.
- Flores, Alexander. 2005. Die innerislamische Diskussion zu Säkularismus, Demokratie und Menschenrechten. In *Der Islam in der Gegenwart*, Hrsg. Werner Ende und Udo Steinbach, 620–634. Bonn.
- Flores, Alexander. 2011. *Zivilisation oder Barbarei? Der Islam im historischen Kontext*. Berlin.
- Gellner, Ernest. 1981. *Muslim society*. Cambridge.
- Hafez, Kai. 1997. Der Islam und der Westen – Kampf der Zivilisationen? In *Der Islam und der Westen*, Hrsg. Kai Hafez, 15–30. Frankfurt a. M.
- Hunter, Shireen. Hrsg. 2009. *Reformist voices of Islam. Mediating Islam and modernity*. Armonk.
- Jan, Abid Ullah. 2007. Compatibility. Neither required nor an issue. In Hrsg. Donohue und Esposito, 319–330.
- Kabuli, Niaz Faizi. 1994. *Democracy according to Islam*. Pittsburgh.
- Kallscheuer, Otto. Hrsg. 1996. *Das Europa der Religionen. Ein Kontinent zwischen Säkularisierung und Fundamentalismus*. Frankfurt a. M.
- Kamrava, Mehran. Hrsg. 2006. *The new voices of Islam. Reforming politics and modernity – A reader*. London.
- Kelek, Necla. 2005. *Die fremde Braut. Ein Bericht aus dem Inneren des türkischen Lebens in Deutschland*. Köln.
- Kelek, Necla. 2006. *Die verlorenen Söhne. Plädoyer für die Befreiung des türkischen Mannes*. Köln.
- Kellers, Rainer. 2012. Verfassungsschutzbericht 2011: Bedrohung von zwei Seiten, in: WDR. de 28.6.2012. <http://www1.wdr.de/themen/politik/verfassungsschutzbericht101.html>. Zugegriffen: 20. Okt. 2013.
- Khan, Muqtadar. Hrsg. 2006. *Islamic democratic discourse. Theory, debates and philosophical perspectives*. Lanham.
- Krämer, Gudrun. 1999. *Gottes Staat als Republik. Reflexionen zeitgenössischer Muslime zu Islam, Menschenrechten und Demokratie*. Baden-Baden.
- Krämer, Gudrun. 2011. *Demokratie und Islam. Der Kampf für Toleranz und Freiheit in der arabischen Welt*. Bonn.
- Lewis, Bernard. 1991. *Die politische Sprache des Islam*. Berlin.
- Maududi, Abul Ala. 1997. *The Islamic law and constitution*. Lahore.
- Medebb, Abdelwahab. 2007. *Die Krankheit des Islam*. Zürich.
- Mernissi, Fatima. 2002. *Islam und Demokratie*. Freiburg i. Br.
- Moussali, Ahmed S. 2001. *The Islamic quest for democracy, pluralism, and human rights*. Gainesville.
- Nagel, Tilman. 1981. *Staat und Glaubensgemeinschaft im Islam. Geschichte der politischen Ordnungsvorstellungen der Muslime*. 2 Bd. Zürich.

- Nagel, Tilman. 2001. *Die Heilsbotschaft des Korans und ihre Konsequenzen*. Westhofen.
- Nagel, Tilman. 2005. Islam oder Islamismus? Probleme einer Grenzziehung. In Hrsg. Zehetmair, 19–35.
- Öztürk, Yasar Nuri. 2007. *Der verfälschte Islam. Eine Kritik der Geschichte islamischen Denkens*. Düsseldorf.
- Raddatz, Hans-Peter. 2004. *Allahs Schleier – Die Frau im Kampf der Kulturen*. München.
- Raddatz, Hans-Peter. 2007. *Allah und die Juden. Die islamische Renaissance des Antisemitismus*. Berlin.
- Ramadan, Tariq. 2003. *Les musulmans d'occident et l'avenir de l'islam*. Paris.
- Ramadan, Tariq. 2004. *Peut-on vivre avec l'islam? Entretien avec Jacques Neiryneck*. 2., veränderte Aufl. Lausanne.
- Riesebrodt, Martin. 2001. *Die Rückkehr der Religionen. Fundamentalismus und der Kampf der Kulturen*. München.
- Roy, Olivier. 2006. *Der islamische Weg nach Westen. Globalisierung, Entwurzelung und Radikalisierung*. Bonn.
- Sachedina, Abdelaziz. 2001. *The Islamic roots of democratic pluralism*. Oxford.
- Sadiki, Larbi. 2004. *The search for Arab democracy. Discourses and counter-discourses*. London.
- Sarrazin, Thilo. 2010. *Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen*. München.
- Schiffauer, Werner. 2008. Zur Konstruktion von Sicherheitspartnerschaften. In *Migrationsreport 2008. Fakten, Analysen, Perspektiven*, Hrsg. Michael Bommes und Marianne Krüger-Potratz, 205–237. Frankfurt a. M.
- Schirmacher, Christine, und Ursula Spuler-Stegemann. 2004. *Frauen und die Scharia. Die Menschenrechte im Islam*. München.
- Schneiders, Thorsten G. Hrsg. 2009. *Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Shabestari, Mohammad M. 2003. *Islam und Demokratie*. Erfurt.
- Soroush, Abdolkarim. 2000. *Reason, freedom, and democracy in Islam. Essential writings*. Oxford.
- Tamimi, Azzam S. 2001. *Rachid Ghannouchi. A democrat within Islamism*. Oxford.
- Tibi, Bassam. 1998. *Krieg der Zivilisationen. Politik und Religion zwischen Vernunft und Fundamentalismus*. München.
- Ucar, Bülent, und Danja Bergmann. Hrsg. 2010. *Islamischer Religionsunterricht in Deutschland. Fachdidaktische Konzeptionen: Ausgangslage, Erwartungen und Ziele*. Osnabrück.
- Ulfkotte, Ulf. 2003. *Der Krieg in unseren Städten. Wie radikale Islamisten Deutschland unterwandern*. Frankfurt a. M.
- Ulfkotte, Ulf. 2008. *SOS Abendland. Die schleichende Islamisierung Europas*. Rottenburg.
- Wick, Lukas. 2009. *Islam und Verfassungsstaat. Theologische Versöhnung mit der politischen Moderne? Würzburg*.
- Zakariya, Fouad. 1991. *Laïcité ou islamisme. Les Arabes à l'heure du choix*. Paris.
- Zehetmair, Hans. Hrsg. 2005. *Der Islam. Im Spannungsfeld von Konflikt und Dialog*. Wiesbaden.